

Wosifische Zeitung



Derlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkäufer: Dönhoff 3668, Telegramm-Verlag: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zelle 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zelle 29 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwärter 15 Pf.] . Nr 93

MITTWOCH, 24. FEBRUAR 1932

ABEND-AUSGABE

Aufuhr für Goebbels

Ein Heimkrieger kann Hindenburg nicht beleidigen

Nach der Fortsetzung der Debatte im Reichstag erließ Präsident Lübe dem Reichsweshrminister Dr. Groener das Wort zu einer Erklärung, die sich in allerhöchster Form mit den Beleidigungen aneinanderreiht, die Dr. Goebbels gegen den Reichspräsidenten erhoben hat, und die den Anlaß zu den gefürchten Sturmjahren im Reichstag gebildet hatten. Dr. Groener führte aus:

„Meine Damen und Herren! In der gefrigen Sitzung hat der Abgeordnete Goebbels nach Feststellung des Meistbesitzes folgendes gesagt: Sage mir, wer dich lobt, und ich sage dir, wer du bist... Hindenburg, gelobt von der Partei der Defektoren!... Ich ergreife die Gelegenheit, um Abgeordneter Goebbels wieder anzuweisen, um auf dieses Wort noch einmal einzugehen.“

„Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wird es als eine Ungeheuerlichkeit auffassen, wenn der oberste Soldat des Krieges, der Sieger von Tannenberg, der Mann, der sich freiwillig zu Anfang des Krieges in den Dienst des Vaterlandes gestellt hat, der Mann, der diesen Dienst auch dann nicht verlassen hat, als alles zusammenbrach, wenn Hindenburg in irgendwelcher Beziehung mit dem Wort Defektorer getrieben wird.“

Diese Worte werden von stürmischen, jubelndem Beifall der Mehrheitsparteien begleitet, während die Nationalsozialisten die Beleidigung dieser Erklärung durch lärmende Zurufe zu ihren Vorzügen. Abg. Dr. Goebbels ruf: Das ist nicht geschehen!

Minister Groener fährt fort: Diese Beleidigung, die ein Mann auszusprechen wagt, der selber den Krieg nur vom Hörensagen kennt (stürmische Zustimmung bei der Mehrheit).

Reichsweshrerlaß wird erläutert

Am Anfaßtag an die Rede Dr. Breitfcheids erklärte Reichsweshrminister Groener:

Mein Erfahrungs vom 29. Januar dieses Jahres über die sogenannten Wehrverbände und die Einstellung in die Wehrmacht hat in einzelnen Lagern zu Mißdeutungen geführt, die Marzuffellen sind. Ich nehme eine Einzelheit des Erlasses vorüber, die den Anlaß zu einer Ausprache mit dem Bundesführer des Reichsbanner Schwarz-Wolb gegeben hat. Ich stelle fest, daß Herr Höltermann in seiner darauf folgenden Rede in Dessau und in einem an mich gerichteten Brief als das Ziel des Reichsbanners bezeichnet hat, dem Oerode vom Bürgerkrieg ein Ende zu machen, es hat es abgelehnt, daß das Reichsbanner sich mit der Aufstellung illegaler politischer Verbände besaße, ebenso wie es sich nicht illegal mit militärischen Organisationen befaßte.

Wenn der neue Bundesführer des Reichsbanners diese seine Richtlinien der Zurückhaltung bei der Zeitung und den Einheiten seines Bundes durchzuführen in der Lage ist, so wird er der Öffentlichkeit Nutzen bringen, zu deren Aufrechterhaltung im Falle der Not allein die gefälligen Maßnahmen des Staats zufließen sind.

In diesem Sinne habe ich in meinem Antwortschreiben an Herrn Höltermann meine locale Erklärung ganz besonders bezeugt und der Bestimmung Ausdruck gegeben, daß wir uns auf dem Gebiet der Lizenzierung und gefügigen Ausgestaltung befinden werden. (Zuruf rechts: Dann ist ja alles in Butter).

Reichsweshrminister Groener fährt dann fort: Drei Hauptangriffe richteten sich gegen den Erlass an die Wehrmacht. Sie unterstellen einen Kurswechsel des Reichs, reden von einer angeblichen Beteiligung an die Nationalsozialisten und von der Auflockerung der Wehrmacht an politische Einflüsse. In einen Kurswechsel denke ich nicht. Der Weg geht geradeaus. Ich nehme an einen Kurs, der am Boden der Wehrverfassung. Hierbei ist es gemäß, die Maßnahmen des Reichs richtungslos einzuziehen gegen alle Bestreben, die dem Staat aus Veden wollen. Das steht auch in meinem Erlass.

Mein Standpunkt über die Einstellung in die Wehrmacht ist unverständlich. Ich habe ihm im März vorigen Jahres im Reichstag unter lebhaftem Beifall der Mehrheit dieses Hauses hier betont:

heiß, lärmende Unruhe bei den Nat.-Soz.) kann zwar der Größe der Leistung des Generalfeldmarschalls ebensowenig etwas anhaben wie der Berechtigung, die das deutsche Volk vor seiner Pflichterfüllung in Krieg und Frieden erfüllt. Aber als Mitglied der Reichsregierung und als Vertreter der deutschen Wehrmacht habe ich die Pflicht und den Auftrag, diesen ungeheuerlichen Ausprägung des Abgeordneten Goebbels als eine Beleidigung nicht nur des Herrn Reichspräsidenten, sondern des deutschen Volkes zu feuglichen (stürmischer Beifall und Handklopfen bei der Mehrheit; Zurufe bei den Nationalsozialisten: Das stimmt ja nicht) und sie auf das schärfste zurückzuweisen.

Als Minister Groener schon das Rednerpult verlassen hat, freizet sich der Särm bei den Nationalsozialisten immer mehr. Schließlich sieht sich Präsident Lübe gezwungen, den nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Hey sowie den Abg. Kleiner wegen dauernder Störung aus der Sitzung auszuschließen. Ein nationalsozialistischer Abgeordneter ruf: „Der Groener ist ein typischer Schieber“. Es ist dem Präsidenten nicht möglich, den Namen des Zurschers, der sich auf dieses Aufforderung nicht meldet, festzuhalten. Der Präsident erklärt: Falls ich den Namen des Zurschers noch erfahre, werde ich gegen ihn die geeigneten Maßnahmen ergreifen. Überwiegend gegen jeden Abgeordneten, der hier sitzt und dessen Namen ich erst später feststellen kann.

Abgeordneter Dr. Freid (Nationalsozialist) verurteilt, gegen die Maßnahmen des Präsidenten zu protestieren, ohne aber damit bei der großen Mehrheit Zustimmung zu finden.

Dann wird die politische Aussprache fortgesetzt und Abgeordneter Dr. Breitfcheid (Sozialdemokrat) erhält das Wort.

gegeben. Es handelt sich nur noch darum, diesen Standpunkt irgendwie zu verankern. Die Einstellung der Nationalsozialisten in die Wehrmacht entspricht den veränderten Verhältnissen. Sie soll unter einsehenden Bedingungen erfolgen, auf die ich später noch eingehen werde. Darin ist keine Bezeichnung an die Nationalsozialisten zu enthalten. Die Gesichtspunkte, nach denen die Erziehung der Wehrmacht vor sich geht, ist in einem bestimmten Zeitraume niedergelegt, und eine solche Erziehungsarbeit wird man nicht plötzlich um.

„Wohl aber geht eine Vereinfachung der nationalsozialistischen Führung meinem Erlass voraus. Das ist der Bericht auf jegliche Berechtigung an der Wehrmacht seit Jahr und Tag. Das ist die wiederholt mit abgegebene Erklärung des Führers, was es unternimmt, die Wehrmacht zerlegen zu wollen, der würde richtungslos aus der D. S. D. A. B. entfernt werden. Dazu kommt noch das Verkenntnis des Parteiführers zur Legalität (Großfische Zurufe bei den Sozialdemokraten und Kommunisten). Erstmalig ist dieses Verkenntnis durch die Tat bestätigt worden durch den Bruch des Führers mit dem radikalen Stennesflügel.“

„Daß der Führer befehrt sei, illegale Elemente aus der Partei auszuschließen, das stellen auch die Gerichtsurteile fest. Diese Tatsachen haben mich bestimmt, das Ehrenrecht der Bundeswehrleitung aus den Angehörigen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nicht länger vorzutreten. Ich nun die Wehrmacht damit der politischen Vereinfachung ausgesetzt? Das ist die Frage. Solche Vereinfachungen habe ich nicht. Ein Reichsweshrminister verurteilt doch nicht die eigene hartegeleitete Waffe. Der Erlass schließt grundsätzlich jeden Bewerber aus, der an Bestrebungen teilgenommen hat, die auf Veränderung der Staatsform mit unerlaubten Mitteln ansetzt.“

Zu den Eidehrungen, die gegen die politische Vereinfachung der Wehrmacht durch die Aufnahme von Nationalsozialisten geschaffen werden, geböt vor allen Dingen folgende: Jeder Nationalsozialist, der in die Wehrmacht eintritt, muß sich verpflichten, seine Verbindung mit seiner Partei sofort zu lösen. Jeder, der sich Eidehrung verpflichtet wird ein Protestfall aufgenommen. Im übrigen halte ich, den Geist der Wehrmacht für so gesund, daß ein früherer Nationalsozialist entweder mit gesundem Staatsgeist erfüllt oder von dem gefunden Körper der Wehrmacht sofort ausgeschlossen wird.

Zweimal Groener

Reichstagsler Dr. Brüning ist zwar auch in der heutigen Reichstagsungung, die schon um 12 Uhr mittags beginnt, auf seinem Platz, wird aber erst morgen sprechen, wenn der erste Beleg der Fraktionsredner vorüber ist. Dafür hört man heute zwei Erklärungen des Reichsweshrministers Dr. Groener, darunter die politisch bedeutsame über den viel erörterten Reichsweshrerlaß. Das Stichwort dazu gibt ihm der sozialdemokratische Sprecher Dr. Breitfcheid, der diesen Erlass kritisiert.

Groener liest seine Erwiderung vom Manuskript. Es überzucht nicht, daß er grundsätzlich an dem Erlass festhält, der das Verbot von nationalsozialistischen Anwärtern in die Wehrmacht aufhebt. Darauf war man vorbereitet. Begierig durfte man noch sein, wie er ihn interpretieren würde. Der Reichsweshrminister hat sich darauf befaßt, zu erklären, daß er den Angehörigen der nationalsozialistischen Partei nicht länger das Ehrenrecht der Vaterlandsvereidigung vorerhalten kann, seitdem der Parteiführer die Zulage gegeben habe, daß die Berechtigungsbearbeit in der Wehrmacht aufhören würde, seitdem er ein Bekenntnis zur Legalität abgelegt und versichert habe, daß er alle Elemente aus der Partei ausmergen werde, die einen gemäßigten Kurs predigen. . .

Man kann nicht behaupten, daß der Reichsweshrminister mit dieser Begründung des Reichsweshrerlasses Einbruch gemacht hat. Legalitätserklärungen sind billig wie Brombeeren. Nicht auf das Wort, auf den Willen und die Gesinnung kommt es an, und von der wahren Gesinnung der Nationalsozialisten hat Herr Groener grade gelassen und heute wieder erhalten. Die es begreiflich machen, daß selbst die „Eidehrungen“, die gegenüber den nationalsozialistischen Elementen in der Wehrmacht auf dem Papier getroffen worden sind, das Benehmen des Erlasses nicht mildern.

Es ist festlich an dieser Stelle gesagt worden, daß die praktische Bedeutung des Erlasses nicht übersehen werden dürfe, weil er an den tatsächlichen Verhältnissen nur wenig ändere, daß es also mehr auf die politische, formale Bedeutung ankomme. In dieser Richtung hat der Reichsweshrminister allerdings Erklärungen abgegeben, die es den republikanischen Parteien ermöglichen, die gegen den Reichsweshrerlaß eingebrachten Mißtrauensanträge abzuschleppen. Er hat versichert, daß er an einen Kurswechsel nicht denke, daß er nur den Weg der Vereinfachung sei, und die Maßnahme des Staates richtungslos und ohne zu ärgern zum Schutz der Vereinfachung einseigen werde. Wie zweifeln nicht daran, daß es

3 630 000

Nachdem die Meldungen der an der Einseidungsaktion beteiligten Stellen nacheinander zum größten Teil vorliegen, stellt sich die Gesamtzahl der Einseidungen für die Volkstamband- und Spindverbände auf über 3 630 000. Davon wurden mehr als drei Millionen Eintragungen von rund 1100 deutschen Zeitungen aufgebracht, die in rund 800 Städten die Einseidungsliste zehn Tage lang auslegten.

Groener erntet sich mit diesen Worten, aber wir würden wünschen, daß in Zukunft seine Erlasse des Reichsweshrministers mehr herausgegeben werden, die als Ausgleich und Gegengewicht solche Erklärungen erst notwendig machen. Ein paar freundliche Worte hat Groener auch dem Reichsbanner gemeldet, das sich mit Recht durch die Erklärungen zu dem Reichsweshrerlaß verlegt fühlt.

Rein Gedanke des Beifalls, sein Zustimmungsruf nur zu hören, als Groener diese Erklärung verlesen hatte. Die Korrektur einer bedauerlichen Entgleisung wurde scheinbar zur Kenntnis genommen. Bewegter ging es nach und während der ersten Erklärung Dr. Groeners zu, die sich auf die gefügigen Vorgänge bezog. Es war selbstverständlich, daß die ungeheuerliche Beleidigung des Reichspräsidenten nicht nur vom Reichstium und vom Reichsterrat gerügt, sondern auch von der Regierungsbank (stark zustimmend) werden mußte. Das ist heute geschehen. Daß Groener damit beauftragt wurde, ergab sich aus seiner